



Niederschrift

93. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.01.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Thomas Bachmann	SPD	
Herr Pete Heuer	SPD	bis 20.10 Uhr
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten	Wahrnehmung der Vertretung FDP
-------------------------	----------------------	--------------------------------

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	
Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	
Herr Christopher Kühn	FDP	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Claudia Mucha	SPD	
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere	
Herr Rudi Wiggert	SPD	nis 19.40 Uhr

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
---------------------	----------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken FDP entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Frank Kulok BürgerBündnis entschuldigt
Herr Wolfgang Schütt CDU entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung)
Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)
Herr Volkmann (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Frau Peukert (Grünflächen)
Herr Schulz (Architekt – zum TOP 3.11)
Herr Kahle (Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung)
Herr Dr. Naumann (zum StEK Verkehr)

Niederschrift: Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2013 und vom 10.12.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)
Vorlage: 13/SVV/0741
: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL

- 3.2 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten
Vorlage: 12/SVV/0214
Fraktion Die Andere
Äa FDP

- 3.3 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Krampnitz
Vorlage: 13/SVV/0388
Fraktionen FDP, SPD
- 3.4 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Entscheidung über die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße,
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Beschluss zur öffentlichen Auslegung
und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 13/SVV/0511
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
- 3.5 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor
Vorlage: 13/SVV/0613
Fraktion Potsdamer Demokraten
KOUL, FA, HA
- 3.6 Nahversorgung Fahrland
Vorlage: 13/SVV/0635
Fraktion SPD
OBR Fahrland
Neue Fassung
- 3.7 Außenbereichssatzungen
Vorlage: 13/SVV/0648
Fraktion SPD
alle OBR
- 3.8 Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße", Beschluss zur Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss
Vorlage: 13/SVV/0743
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.9 Änderung des Beschlusses zum Bebauungsplan Nr.129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm)
(DS 13/SVV/0110, Pkt. 5)
Vorlage: 13/SVV/0751
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, OBR Golm
- 3.10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16 "Zeppelinstraße/Kastanienallee",
Abwägung und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung, Teilbereich Allgemeines Wohngebiet (WA 1 und WA 2) sowie Zustimmung zum Änderungsvertrag des

Durchführungsvertrags
Vorlage: 13/SVV/0761
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 35 "Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 13/SVV/0760
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
- 3.12 Kreisverkehr Forststraße/Werdersche Damm/Am Wildpark
Vorlage: 13/SVV/0778
Fraktion CDU/ANW
KOUL
- 3.13 Bebauungsplan Nr. 1 "Freizeit- und Sporthotel Potsdam-Land" (OT Uetz-Paaren)
Vorlage: 13/SVV/0789
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Uetz-Paaren
- 3.14 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020
Vorlage: 13/SVV/0800
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
JHA, WA KIS, FA, B./Sp. (ff) und betroffene OBR
- 3.15 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)
Vorlage: 13/SVV/0750
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
Ges./Soz., HA
Mitteilungsvorlage
- 3.16 Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm
Vorlage: 13/SVV/0670
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
Mitteilungsvorlage
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.11.2013 bis 18.12.2013

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2013 und vom 10.12.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 26.11.2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 10.12.2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es folgende Vorschläge:

Die einreichenden Fraktionen bitten um die nochmalige Zurückstellung folgender Anträge:

- 13/SVV/0388 Städtebaulicher Ideenwettbewerb
- 13/SVV/0613 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor
- 13/SVV/0648 Außenbereichssatzungen
- 13/SVV/0789 Bebauungsplan Nr. 1 "Freizeit- und Sporthotel Potsdam-Land" (OT Uetz Paaren)

Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

Zum TOP 3.1 StEK Verkehr – von der Fraktion Potsdamer Demokraten für Herrn

Dr.-Ing. Wilfried Naumann

Zum TOP 3.16 MV Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm von Herrn Krause für Herrn Mario Wersig (Sprecher der Bürgerinitiative "Golm unter Strom")

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)**

Vorlage: 13/SVV/0741

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL

Herr Dr. Naumann nimmt das Rederecht wahr und geht im Sinne des Änderungsantrages der Fraktion Potsdamer Demokraten auf Grund der erhöhten Schadstoffbelastung auf die Notwendigkeit der Einführung einer Umweltzone ein. Die Pfortnerampeln sind gut, jedoch verringern sie nicht die Einfahrt in die Stadt Potsdam. Die Einführung einer Umweltzone sollte möglichst kostenneutral erfolgen.

Eingangs greift Herr Volkmann (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) die extern erfolgte Nachfrage der Bürgerinitiative "Am Neuen Garten" bzgl. der Einordnung verschiedener Straßen in das Hauptverkehrsstraßennetz auf und stellt dar, dass die z. T. fehlerhafte Bezeichnung in der Legende einzelner Karten des StEK Verkehr folgendermaßen korrigiert und mit diesen Korrekturen bis zur SVV am 29. Januar 2014 in das RIS neu eingestellt wird:

- Karten 1 und 33:
statt „übriges Hauptverkehrsstraßennetz“ - „**übriges Straßennetz**“
- Karten 4, 5, 10, 12-15, 27 und 29-32:
statt „Hauptverkehrsstraßennetz“ - „**Untersuchungsnetz**“

Herr Volkmann macht aufmerksam, dass den Ausschussmitgliedern Austauschblätter mit ergänztem Beschlusstext vorliegen.

Anhand einer Präsentation gibt Herr Volkmann detaillierte Erläuterungen und verweist darauf, dass das überarbeitete Szenario Nachhaltige Mobilität das Ergebnis eines umfassenden Beteiligungs- und Abstimmungsprozesses ist. Er geht insbesondere auf die Folien Kfz-Fahrleistung im Hauptverkehrsstraßennetz (Angaben zum Binnenverkehr, Quell-/Zielverkehr sowie Durchgangsverkehr) ein. Die v.g. Folie und die Zusammenfassung, die in dieser Form dem Ausschuss neu präsentiert wurden, werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Schwerpunkt der weiteren Anstrengungen muss sich auf die Minderung des stetig steigenden Kfz-Pendlerverkehrs insbesondere im Berufsverkehr erstrecken, weil nur dort weitere nennenswerte Effekte für die Entlastung des Stadtgebietes erreicht werden können. Grundlage dafür bilden die in der Arbeitsgruppe Verkehr Potsdam/Potsdam-Mittelmark abgestimmten Maßnahmen.

Herr Volkmann teilt mit, dass sich die Ortsbeiräte mit dem StEK Verkehr befasst haben. 3 Ortsbeiräte haben ihre Zustimmung gegeben, durch 3 Ortsbeiräte ist die Vorlage zur Kenntnis genommen worden und 3 Ortsbeiräte stimmten dem Konzept nicht bzw. nur mit Änderungen zu.

Bzgl. des Änderungsantrages der Fraktion Potsdamer Demokraten informiert Herr Volkmann, dass die Umweltzone im Luftreinhalteplan betrachtet worden ist. Die Prüfung hat ergeben, dass diese als nicht ausreichend taugliches Mittel eingestuft worden ist.

Herr Cornelius bringt anschließend folgenden bereits mehrfach erwähnten Änderungsantrag formell ein:

Das StEK Verkehr ist zur wirksamen Durchsetzung der Luftreinhalte- und Aktionsplanung der Landeshauptstadt Potsdam um die **Einführung einer Umweltzone** zu ergänzen.

Herr Cornelius betont, dass vor allem gewerbliche Nutzfahrzeuge davon betroffen wären. Mit diesem Antrag sollen Gewerbebetriebe animiert werden, ihre Fahrzeugflotte mit schadstoffärmeren Fahrzeugen zu modernisieren.

Herr Jäkel geht auf die Aufgabe der Kommunalpolitik als Interessenvertretung für die Bürger unserer Stadt ein. Er zitiert Presseberichte über die Umfrage unter Potsdamern, bei der die meisten Teilnehmer den Verkehr in Potsdam als das Hauptproblem angegeben haben. Er zitiert den Wunsch von Potsdamern nach einer dritten Havelbrücke.

Bezüglich des StEK Verkehr lobt er die positive Entwicklung der Absätze zum ÖPNV nach der mehrjährigen öffentlichen Debatte. Er stellt als verbleibenden Dissens die nicht sachgerechte Bewältigung des zunehmenden Straßenverkehrs fest. Bei aller Richtigkeit, Fußwege und Radwege zu verbessern, wird dies nahezu keine Linderung der Probleme des KFZ-Verkehrs bewirken. Die von der Verwaltung vorgesehene Erhöhung des ÖPNV-Anteils um ein Prozent von 14% auf 15% hält er für anstrengenswert, allerdings schätzt er ein, dass dies keineswegs das große Problem des starken Quell- und Zielverkehrs in der wachsenden Stadt Potsdam lösen wird! Weitere Zunahmen des KFZ-Verkehrs im die Havel querenden Hauptstraßennetz um mehr als 8% sind nicht auszuschließen. Darunter werden vor allem Zeppelinstraße, Breite Straße und Behlerstraße leiden, die bereits jetzt von Überlastungen, Grenzwertüberschreitungen und Staus geplagt sind.

Aus diesem Grund fordert Herr Jäkel nachdrücklich, die Option für eine dritte Havelbrücke (Havelspange am Templiner See) offen zu halten und vertieft zu untersuchen. Er fordert die Einfügung einer betreffenden Karte Nummer 20A mit der Darstellung der Entlastungswirkung durch die Havelspange, welche 2001 mit 11.430 KFZ auf der neuen Brücke und Verkehrsverminderung in der Breiten Straße um 4.780 KFZ angegeben worden war. Zu diesem Zweck bekräftigt er seinen ÄA vom 19.11.2013 mit Punkt

- 1.) Im Text des Konzeptes ist auf Seite 81 ... der Text ... zu ändern.
- 2.) Die Karte Nummer 20 ist zu ändern (ISES nur bis Dortustr.) und ergänzend eine Karte 20 A (s.o.) einzufügen.

Der entsprechende Änderungsantrag zu den v.g. Positionen ist bereits in einer früheren Sitzung eingebracht worden.

Neu beantragt Herr Jäkel:

In der Begründung der DS ist der vorletzte Satz auf Seite 3 „Auf den Bau einer zusätzlichen Havelbrücke für den KFZ-Verkehr kann im betrachteten Zeitraum gänzlich verzichtet werden.“ zu streichen.

Dem Änderungsantrag der Potsdamer Demokraten zur ergänzenden Einführung einer Umweltzone nach Berliner Vorbild wird er zustimmen.

In der Diskussion räumt Herr Klipp ein, dass Herr Jäkel Recht haben könnte mit seiner Einschätzung, dass wir nicht allein mit dem vorliegenden Konzept das Problem des Pendlerverkehrs werden lösen können.

Herr Klipp spricht sich dennoch gegen die Änderungswünsche von Herrn Jäkel aus und verweist darauf, dass mit der Vorlage die Fortsetzung des "Szenario nachhaltige Mobilität" verfolgt wird. Dies basiert auf Grundlage eines Votums des SB-Ausschusses. Die von Herrn Jäkel gewünschten Maßnahmen waren Inhalt des "Szenario Fortschreibung" und wurden in den verkehrlichen Wirkungen untersucht. Im SB-Ausschuss ist darüber informiert worden.

Frau Hüneke nimmt Bezug auf den von der Verwaltung ergänzten 2. Absatz des Beschlusstextes und hinterfragt, ob es eine Liste der abgestimmten Maßnahmen gebe und ob diese ausgereicht werden könne.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) berichtet zur Frage von Frau Hüneke dass darauf verzichtet worden ist, da die Vorstellung in der vergangenen Sitzung im Rahmen der Behandlung der Mitteilungsvorlage 13/SVV/0675 Arbeitsgruppe Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark erfolgt ist.

Zum Thema Havelspange ergänzt Herr Goetzmann die Ausführungen von Herrn Klipp, dass diese Thematik im Szenario Fortschreibung gerechnet worden ist. Für die Wirkung des Potsdamer Netzes ist sie von geringer Bedeutung. Sie würde aber zusätzlichen Verkehr nach Potsdam ziehen. Die gegenwärtig laufende schrittweise Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes erfolgt ohne dass die Option im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Zudem wäre auch die Frage zu klären, wer die Investitionen trägt.

Herr Dr. Bauer äußert, dass er die Option Havelspange nicht für erforderlich hält. Das StEK Verkehr insgesamt sei gut. Vorgreifend auf den Antrag 12/SVV/0214 (sh. folgender Tagesordnungspunkt) informiert Herr Dr. Bauer, dass im KOUL-Ausschuss bereits Zustimmung gegeben worden ist.

Herr Dr. Bauer informiert, dass er die geänderte Fassung der Fraktion FDP übernimmt.

Herr Dr. Bauer bringt folgenden Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0741 ein und bittet um Zustimmung:

Das STEK Verkehr (Fassung Oktober 2013) wird auf Seite 78 so geändert, dass die gesamte Summe für den Radverkehr von 21.850.000 Euro um 750.000 € erhöht wird, damit der Wert von 22.850.000 € aus der Fassung vom Dezember 2011 (Seite 84) wieder annähernd erreicht wird. Die Mittel sind für die planmäßige Umsetzung des Radverkehrskonzeptes vorzusehen.

Herr Heuer äußert für die Fraktion SPD, dass die Stellungnahmen der Fraktionen im StEK Verkehr widerspiegelt sind und spricht sich gegen den Änderungsantrag von Herrn Jäkel aus.

Zielstellung müsse sein, den Individualverkehr einzudämmen und möglichst zu

verringern. Dafür sollte das "Szenario nachhaltige Mobilität" unterstützt werden.

Herr Pfrogner richtet an die Fraktion Potsdamer Demokraten die Frage nach der praktischen Umsetzung der Einführung einer Umweltzone.

Herr Cornelius äußert, dass dies in Übereinstimmung/Ergänzung mit den gepföhrnerten Bereichen erfolgen müsse.

Herr Krause bringt in Erinnerung, dass ein Antrag in ähnlicher Form von Herrn Jäkel bereits im vergangenen Sommer diskutiert und abgelehnt worden ist.

Herr Lehmann bringt zum Ausdruck, dass er der von der Verwaltung vorgelegten Vorlage nicht zustimmen wird. Er regt an, die Änderungsanträge von Herrn Jäkel einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Dr. Gunhold greift auf, dass die Thematik Umweltzone bereits geprüft worden ist. Er wird dem StEK Verkehr, so wie von der Verwaltung vorgelegt, zustimmen. Er bringt zum Ausdruck, dass die von Herrn Jäkel dargestellte Position nicht die Meinung der gesamten Fraktion "DIE LINKE" sei.

Herr Kirsch spricht sich gegen den Antrag der Fraktion Potsdamer Demokraten aus und verweist auf das mögliche Problem der Fahrzeugfinanzierung für die von der Umsetzung betroffenen kleineren Handwerksbetriebe.

Herr Klipp betont nochmals, dass der Pendlerverkehr das Hauptproblem in Potsdam sei. Die Lösung könne jedoch nicht ohne die Nachbargemeinden erfolgen. Aus diesem Grunde ist der Beschlusstext von der Verwaltung ergänzt worden. Mit dem "Szenario nachhaltige Mobilität" und der Umsetzung der Maßnahmen im Binnenverkehr ist man auf gutem Wege. Die im Szenario Fortschreibung enthaltene Havelspange sollte nicht weiter verfolgt werden, da diese nicht zu einer Verringerung des Individualverkehrs führen würde.

Zu den Äußerungen verschiedener Ausschussmitglieder macht Herr Jäkel aufmerksam, dass er nicht im Widerspruch zur Auffassung seiner Partei handeln würde.

Zu den Forderungen bezüglich sachgerechter Prüfung der Havelspange verweist er hier auf früher gefasste gültige Beschlüsse der StVV, auf Programmbeschlüsse der Parteibasis der Linken von Potsdam-West und auf die aktuelle Beschlussfassung des Ortsbeirates Eiche, der ohne Gegenstimmen den hier vorliegenden Änderungsantrag des Herrn Jäkel bestätigt hat. Er führt hinsichtlich der Parteipositionierung weiter aus, dass nicht alle Potsdamer in der privilegierten Lage sind, an einer Straßenbahnhaltestelle zu wohnen und eine Arbeitsstelle in Potsdam ein paar Haltestellen entfernt zu haben. Viele Menschen müssen lange Arbeitswege zurücklegen und sind auf ein Auto angewiesen.

Bzgl. des Einwandes von Herrn Goetzmanns, dass die Karte zur Havelspange keinen Nutzen zeigen würde, erwidert Herr Jäkel, dass nur eine getrennte Bewertung der einen möglichen Brücke und nicht von zwei theoretisch denkbaren Brü-

cken gleichzeitig verwertbare Ergebnisse liefern könne.
Die Anregung seine Anträge einzeln abstimmen zu lassen, greift Herr Jäkel zustimmend auf.

Herr Pfrogner bestätigt den hohen Anteil an Pendlern und spricht sich für die von der Verwaltung im Beschlusstext vorgenommene Ergänzung aus. Auch Herr Pfrogner vertritt die Auffassung, dass eine zusätzliche Brücke nicht zu weniger Verkehr führen würde.

Frau Hüneke unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Bauer i.S. Tempo 30. Hier sei mit geringem Aufwand viel erreichbar. Hinsichtlich des Antrages der Potsdamer Demokraten sieht sie keine großen Effekte.

Frau Hüneke beantragt folgende Ergänzung des Beschlusstextes:

"Konkrete Vorhaben werden jeweils vor der Haushaltsberatung bzw. der Beantragung von Fördermitteln im SB-Ausschuss vorgestellt."

Herr Cornelius bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Potsdamer Demokraten. Die Umsetzung wäre mit geringen Kosten möglich und den Handwerksbetrieben könne eine Erneuerung ihrer Fahrzeuge zugemutet werden.

Im Anschluss werden **folgende Änderungsanträge abgestimmt:**

Änderungsanträge von Herrn Jäkel

1.) Im Text des Konzeptes ist auf Seite 81 unter der Überschrift Motorisierter Individualverkehr der erste Absatz zu streichen und durch nachfolgenden Text zu ersetzen:

„Ziel der künftigen Verkehrsentwicklung ist es, den MIV bzw. seine negativen Folgewirkungen in der Stadt Potsdam durch Stärkung der alternativen Mobilitätsangebote zu reduzieren. Der Bau einer neuen Verbindung über die Havel zur Entlastung der Innenstadt erfordert vertiefende Untersuchungen. Entlastungen in der Innenstadt und Auswirkungen an einzelnen anderen Straßen sind mit Betroffenheitsanalysen qualifiziert abzuwägen. Dabei ist die Störsicherheit und Gesamtleistungsfähigkeit des Potsdamer Straßennetzes mit und ohne Havelspanne vergleichend einzuschätzen.“

Abstimmungsergebnis: 3/7/0 - damit abgelehnt

2.) Die Karte Nummer 20 ist zu ändern.

Es ist eine neue Karte 20A mit Havelspanne und ohne ISES abzubilden.

Es ist eine neue Karte 20B mit ISES zur Dortustraße (wie FNP) und ohne Havelspanne abzubilden."

Die Ausreichung dieser geänderten Karten sollte zur STVV erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 3/7/0 - damit abgelehnt

In der Begründung der DS ist der vorletzte Satz auf Seite 3 „Auf den Bau einer zusätzlichen Havelbrücke für den KFZ-Verkehr kann im betrachteten Zeitraum gänzlich verzichtet werden.“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 3/7/0 - damit abgelehnt

Änderungsantrag der Fraktion Potsdamer Demokraten:

Das StEK Verkehr ist zur wirksamen Durchsetzung der Luftreinhalte- und Aktionsplanung der Landeshauptstadt Potsdam um die **Einführung einer Umweltzone** zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: 3/8/0 – damit abgelehnt

Änderungsantrag der Fraktion Die Andere:

Das STEK Verkehr (Fassung Oktober 2013) wird auf Seite 78 so geändert, dass die gesamte Summe für den Radverkehr von 21.850.000 Euro um 750.000 € erhöht wird, damit der Wert von 22.850.000 € aus der Fassung vom Dezember 2011 (Seite 84) wieder annähernd erreicht wird. Die Mittel sind für die planmäßige Umsetzung des Radverkehrskonzeptes vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: 8/2/1– Zustimmung

Änderungsantrag von Frau Hüneke zur Ergänzung des Beschlusstextes:

Konkrete Vorhaben werden jeweils vor der Haushaltsberatung bzw. der Beantragung von Fördermitteln im SB-Ausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: 10/0/1 – Zustimmung

Die entsprechend ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Orientierung für die zukünftige Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt sollen die mit dem Szenario „Nachhaltige Mobilität“ des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr (Anlage) verfolgten Ziele und Maßnahmen sein.

Der Schwerpunkt der weiteren Anstrengungen muss sich auf die Minderung des stetig steigenden Kfz-Pendlerverkehrs insbesondere im Berufsverkehr erstrecken, weil nur dort weitere nennenswerte Effekte für die Entlastung des Stadtgebietes erreicht werden können. Grundlage dafür bilden die in der Arbeitsgruppe Verkehr Potsdam/Potsdam-Mittelmark abgestimmten Maßnahmen.

Das STEK Verkehr (Fassung Oktober 2013) wird auf Seite 78 so geändert, dass die gesamte Summe für den Radverkehr von 21.850.000 Euro um 750.000 € erhöht wird, damit der Wert von 22.850.000 € aus der Fassung vom Dezember 2011 (Seite 84) wieder annähernd erreicht wird. Die Mittel sind für die planmäßige Umsetzung des Radverkehrskonzeptes vorzusehen.

Konkrete Vorhaben werden jeweils vor der Haushaltsberatung bzw. der Beantragung von Fördermitteln im SB-Ausschuss vorgestellt.

(+ redaktionelle Änderungen der Bezeichnungen im Kartenmaterial)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.2 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten

Vorlage: 12/SVV/0214

Fraktion Die Andere
Äa FDP

Sh. Diskussion im TOP zuvor.

Der von der Fraktion Die Andere übernommene Änderungsantrag der Fraktion FDP wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt geänderten Beschlusstext beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, in vielbefahrenen Straßen mit besonders hoher Feinstaub- und Luftschadstoffkonzentration oder hoher Lärmbelastung eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 einzuführen, wenn damit positive Effekte erzielt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Effekte einer Reduzierung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde in nachfolgenden Straßenabschnitten auf die Schadstoffbelastung, Lärmbelastung, Verkehrsflüssigkeit (Kraftfahrzeuge, ÖPNV, und Fußgänger), Verkehrssicherheit und Feinstaub zu untersuchen.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob die rechtlichen Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Zeppelinstraße, der Breiten Straße, der Kurfürstenstraße, der Hans-Thoma-Straße, der Pappelallee, dem Schulplatz und der Großbeerstraße bzw. für einzelne Straßenabschnitte in diesen Straßen jeweils vorliegen und es sollen die erforderlichen Maßnahmen sowie die entstehenden Kosten für die Einführung von Tempo 30 in diesen Bereichen dargestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über das Prüfergebnis im Juni 2012 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.3 Städtebaulicher Ideenwettbewerb Krampnitz

Vorlage: 13/SVV/0388

Fraktionen FDP, SPD

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Entscheidung über die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße,
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Beschluss zur öffentlichen
Auslegung
und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 13/SVV/0511
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL**

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) informiert dass im Ergebnis des bisherigen politischen Beratungsprozesses zur künftigen Trassenführung der Wetzlarer Straße eine Änderung des Beschlusspunktes 1 vorgenommen worden ist, so dass nur die Kerninhalte des Bauungsplanes Gegenstand der Vorlage sind. Der Beschlusspunkt 1 neu lautet:

1. " Die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße ist nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn". Die Begründung zum Bebauungsplan ist bis zur öffentlichen Auslegungen entsprechend anzupassen (s. Anlage 4)."

Frau Holtkamp informiert weiterhin über das Ergebnis der Sachrecherche der Verwaltung zu den Themenfeldern

- künftige Trassenführung der Wetzlarer Bahn
- Bebauungsplan
- vertragliche Regelungen sowie
- zeitliche Bedingungen

Die entsprechenden Unterlagen sind den Ausschussmitgliedern ausgereicht worden.

Herr Jäkel erinnert an den Beschluss des SB-A vom 26.11.2013, worin die Verwaltung beauftragt wurde, die Möglichkeit einer Änderung bezüglich der verkehrstechnischen Lösung entsprechend dem vorgelegten Alternativvorschlag zu prüfen. Er vermisst ein sachgerechtes Prüfergebnis, er sieht keine alternative Karte dazu, die mit der von Prof. Stadt vergleichbar wäre.

Herr Jäkel kritisiert das ausgereichte Papier vom 18.12.2013, weil sich seiner Meinung nach darin mehrere unzutreffende Unterstellungen und Falschaussagen befinden.

Nachfolgende bittet Herr Jäkel in das Protokoll aufzunehmen:

- Der Vorwurf einer engen Kurve in der Alternativplanung entbehrt jeder Grundlage. Die T-förmige Kreuzung an der Bahnunterführung von Prof. Stadt wurde mit gleichen Radien im Alternativplan beibehalten, lediglich um 90 Grad gedreht. Die anschließende Kurve ist nur eine Krümmung um 50 Grad und bereits auf dem Alternativplan mit größerem Radius eingetragen als der bei der T-Kreuzung von der Verwaltung geplante Radius!
- Die Aussagen zum Lärmschutz sind teils unzutreffend. Die tiefer gelegte Alternativstraße entfaltet weniger Straßenlärm für das Wohngebiet als die Hochlage der Verwaltung. Eine Abschirmung des Bahnlärms entfällt zum Teil, das würde stimmen.
- Da keine Kurve mit sehr geringem Radius im Alternativvorschlag geplant

wurde, kann sich auch nicht, wie behauptet die Sichtbeziehung in unvertretbarem Maß verschlechtern.

- Die Angabe, dass zwei Signalanlagen hintereinander nicht akzeptiert werden können lässt sich einerseits widerlegen, indem eine Optimierung des Anschlusses der Heinrich-Mann-Allee bereits innerhalb des Plangebietes durchführbar ist. Zum anderen ist festzustellen, dass die Verwaltung mehrfach kurz hintereinander LSA ohne Zutun der Stadtverordneten selber an anderer Stelle beim Hauptbahnhof, in der Friedrich-Engels-Straße, auf der Langen Brücke, beim Landtagsschloss und am Leipziger Dreieck installiert hat.
- Richtig ist, dass teils hinten liegende Gewerbeflächen anders erschlossen werden müssen. Dies betrifft aber nur die Teilfläche rechts hinten mit einer zusätzlichen Stichstraße. Die Flächen links hinten sind alle auch ohne Mehraufwand über Planstraße 1 erschließbar. Insofern ist die Angabe, dass die Planstraße 2 auf ganzer Länge auf 28 m verbreitert werden müsse falsch.

Zusammenfassend äußert Herr Jäkel seine Feststellung, dass der Auftrag aus dem SB-Ausschuss nicht erfüllt wurde, sondern nur die Vorbehalte und Vorurteile der Verwaltung vom November erneut niedergeschrieben wurden.

Herr Pfrogner geht auf die von der Verwaltung in früheren Sitzungen getätigten Äußerungen zur Hochlage ein.

Herr Dr. Bauer bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion Die Andere vom 2.12.23:

Punkt 1 der Ds 13/SVV/0511 erhält folgende neue Fassung:

Die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße zwischen der Heinrich-Mann Allee und der Drewitzer Straße ist nicht mehr Teil des Bebauungsplanes. Sie wird in dem Abschnitt auch nicht entlang der Bahngleise geführt. Die Anhänge der Drucksache sind entsprechend zu ändern.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass die Änderung der Verwaltung nicht mit dem Änderungsantrag der Fraktion Die Andere identisch sei. Im Nachgang der Diskussion im Ausschuss wurde die Intention des Antrages so verstanden, dass die Fraktion Die Andere gänzlich auf die Trasse verzichten will. Die Verwaltung hat die Entkoppelung vom Plangebiet vorgenommen. Das bedeutet, dass es im Moment für die Entscheidung über den Bebauungsplan keine Rolle spielt, so dass jetzt auch keine Entscheidung über die Verlängerung der Wetzlarer Straße erfolgen muss.

Bzgl. des Hinweises von Herrn Pfrogner entgegnet Herr Goetzmann, dass für die Erschließung des Wohnungsbauvorhabens eine Hoch- bzw. Tieflage erforderlich ist.

Herr Pfrogner sieht die zentrale Frage in der Verkehrsentwicklung. Realisierungsmöglichkeiten sollten im Plan visuell dargestellt werden.

Herr Lehmann geht auf die Diskussion von November 2013 ein und erkennt die offenen Punkte und Fragen als beantwortet an. Zusätzlich habe er sich beim LUGV bzgl. des Lärmschutzes erkundigt. Er wurde informiert, dass der Lärm für

die Wohnbebauung im Bebauungsplanentwurf der Verwaltung keine Beeinträchtigung darstellt.
Insofern könne er der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Jacob bzgl. des Wegfalls der Querung der Schrankenanlage geht Herr Goetzmann ein. Er macht aufmerksam, dass der Abschluss einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung erforderlich ist.

Herr Jäkel fragt nach, um wie viel Meter man die von der Verwaltung geplante Wetzlarer Straße von der Bahn weg verschieben müsste, um ca. 80% der großen Eichen erhalten zu können. Es wird anhand von Karten der Verwaltung sichtbar, dass die Angaben widersprüchlich sind, dass die Straße gar im B-Plangebiet vorgesehen worden ist, etwa 15 Meter versetzt. Nur zugunsten einiger Tennisplätze ist sie dann nachträglich auf die Baumreihe verschoben worden. Bei Umplanung der Tennisplätze könnten die Bäume dauerhaft erhalten werden.

Herr Kahle (Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung) geht anhand von Karten auf die Verschiebung der Straßentrasse ein. Damit könnten etwa 80 % der Bäume erhalten bleiben. Dazu wäre jedoch ein erheblicher Eingriff in die gewerblichen Flächen erforderlich.

Herr Volkmann ergänzt, dass dies zur Folge hätte, dass auch die Planstraße 2 verschoben werden müsste.

Der v.g. Änderungsantrag der Fraktion Die Andere wird zur Abstimmung gestellt:
Abstimmungsergebnis: 1/6/2 – damit abgelehnt

Die von der Verwaltung in der veränderten Fassung vorgelegte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die künftige Trassenführung der Wetzlarer Straße ist nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn". Die Begründung zum Bebauungsplan ist bis zur öffentlichen Auslegung entsprechend anzupassen (s. Anlage 4).
2. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/ Wetzlarer Bahn" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (Anlage 2).
3. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlagen 3 und 4).

4. Dem Städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt, sofern aus dem weiteren Bebauungsplanverfahren kein Änderungsbedarf mehr resultiert (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3.5 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor

Vorlage: 13/SVV/0613

Fraktion Potsdamer Demokraten
KOUL, FA, HA

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.6 Nahversorgung Fahrland

Vorlage: 13/SVV/0635

Fraktion SPD
OBR Fahrland
Neue Fassung

Herr Heuer erinnert an die Einbringung in der vergangenen Sitzung. Dem Bedarf zur Präzisierung hinsichtlich eines rechtskonformen Beschlusstextes ist die Fraktion mit der vorliegenden neuen Fassung nachgekommen.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Antrag in der neuen Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag in der vorliegenden neuen Fassung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Verbesserung der Lebensqualität durch die Stärkung der örtlichen Zentrenfunktion im Ortsteil Fahrland wird der Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam beauftragt, in Gesprächen mit dem Grundstückseigentümer, der REWE und dem Betreiber des derzeitigen REWE-Nahkauf darauf hinzuwirken, dass der bisherige REWE-Nahkauf zu einem der Bevölkerungsentwicklung angemessenen Vollsortimenter erweitert wird. Der Oberbürgermeister nimmt zur Kenntnis, dass es Wunsch der Stadtverordneten ist, bei der weiteren Bauleitplanung ergänzende Nutzungen wie Arztpraxen, Apotheke, Polizeibüro, Büro des Ortsvorsteher sowie Café/Imbiss zu ermöglichen und wirkt darauf hin. Das schließt den Wunsch ein, während der Bauphase ein angemessenes Einkaufsangebot für die Fahrländerinnen und Fahrländer

vorzuhalten. Ziel ist es, die Baumaßnahmen spätestens ab dem Jahr 2015, also im Zusammenhang mit der baulichen Realisierung des dritten Bebauungsplanes "Am Upstallgraben" zu realisieren.

Der Ortsbeirat ist quartalsweise über den Fortgang zu informieren, der Hauptausschuss kontinuierlich im Rahmen der Berichte des Oberbürgermeisters.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.7 Außenbereichssatzungen

Vorlage: 13/SVV/0648

Fraktion SPD

alle OBR

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.8 Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße", Beschluss zur Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss

Vorlage: 13/SVV/0743

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) geht anhand einer 3-D-Simulation auf die verschiedenen Rückfragen ein. Er macht deutlich, dass diese Darstellung nicht als Vorwegnahme eines städtebaulichen Entwurfes zu betrachten ist. Das 3-D-Stadtmodell zeige ein Beispiel für ein „Massenmodell“, das die Festsetzungen zu den maximal möglichen zulässigen städtebaulichen Dichten (Grund- und Geschossfläche) und Höhen (Traufhöhe TH und Firsthöhe FH) wiedergibt. Es zeige keine realen Baukörper.

Herr Klipp ergänzt, dass der Bebauungsplanentwurf eine Angebotsplanung darstellt und die konkrete Ausgestaltung der Gebäude über die Ausschreibung der betreffenden Grundstücke erfolgen kann (konkrete Regelung im Grundstücksvergabeverfahren). Er erinnert daran, dass es sich hier um einen Auslegungsbeschluss handelt; mit einer Planreife sei nach der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung erst einmal nicht zu rechnen.

Herr Jäkel fragt, ob seine Fragen vom Dezember in der Verwaltung angekommen sind und ob die vorgeschlagenen Änderungen bezüglich Rücknahme der vorderen Ecke an der Einfahrt der Leipziger Straße, bezüglich Rückverlegung der Bauflucht an der Leipziger Straße um etwa 6 Meter im Massenmodell gezeigt werden können. Da dies nicht erfolgt, erläutert er sein Anliegen. Die aktuell im Bau befindlichen Häuser der mittleren Speicherstadt zeigen deutlich, dass seiner Auffassung nach ein furchtbares Stadtbild entsteht. Der weitere Bau sollte seiner Meinung nach in höherer städtebaulicher Qualität erfolgen und ein beidseitiges Straßenbegleitgrün sowohl vor dem Badneubau als auch vor der Speicherstadt sicherstellen und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger deutlich verbessern, als

bisher von der Verwaltung geplant. Im Gegensatz zur Auffassung von Herrn Klipp legt Herr Jäkel Wert darauf, sich nicht auf die früheren Planungen von Christoph Kohl zu beziehen sondern auf das Modell des Wettbewerbsergebnisses des Badbaus entsprechend den Unterlagen, die Herr Pfrogner zusammengestellt hat. Er bittet Arkadengänge für Fußgänger zu prüfen und zu bewerten, um wie viel man die bauliche Dichte im Plangebiet ggf. verringern müsste, um die angestrebte städtebauliche Verbesserung zu erreichen.

Herr Goetzmann informiert zu Herrn Jäkels Vorschlag, dass dies eine „trompetenartige“ Aufweitung der Leipziger Straße in deren Ostteil zur Folge hätte. Dies sei im Hinblick auf die Straßenenge am Persiusspeicher städtebaulich und verkehrstechnisch nicht vertretbar. Der Bebauungsplanentwurf setze das bereits vorgestellte Ergebnis der Verkehrstechnischen Untersuchung zum Leipziger Dreieck um. Die Frage der beiderseitigen Straßenbegrünung ist untersucht worden und zugunsten einer großkronigen Begrünung im Mittelstreifen (geringerer Eingriff) verworfen worden.

Herr Kirsch greift den Hinweis zum Grundstücksvergabeverfahren auf und hält fest, dass der Aufsichtsrat der Pro Potsdam den Verkäufen zustimme. Von daher regt er an, die Vorhaben künftig dem Gestaltungsrat vorzulegen.

Herr Klipp ergänzt, dass diese dem Hauptausschuss vorgelegt werden.

Herr Pfrogner äußert zum Verfahren, dass es seiner Ansicht nach besser sei, die Ziele im Vorfeld einer Offenlegung zu äußern. Seine vor Jahresende an die Verwaltung übermittelten Fragen erkennt er als nicht beantwortet an.

Herr Kühn greift die Sichtbeziehungen auf und hält die Bebauung für zu hoch.

Herr Jäkel bittet vor der Auslegung als Reaktion auf die Ergebnisse des Bad-Wettbewerbes um eine Korrektur der Bauflucht, so dass die Straßen mit Baumreihen rechts und links vorgesehen werden könnten. Hierbei bittet er um die Ermittlung, um wieviel die Kante nachjustiert werden müsste. Für die Information in der nächsten Sitzung wäre er dankbar.

Herr Goetzmann gibt zu Bedenken, dass Bäume auf beiden Seiten und entsprechende Abbiegespuren zu einer Verschiebung der Leipziger Straße von ca. 20 m nach Norden und damit auch zu einer Beeinträchtigung der Funktion der Kreuzung Leipziger Dreieck führen würde. Die Verwaltung sieht sich nicht in der Lage, eine wie von Herrn Jäkel vorgeschlagene Planung vorzustellen.

Frau Hüneke hinterfragt die Höhe der Bebauung. Auch sie vertritt die Auffassung, dass vor einer Auslegung die städtebaulichen Prämissen geklärt werden sollten. Bereits die städtebauliche Frage sollte im Gestaltungsrat vorgestellt werden. Frau Hüneke regt an, einen Nachweis vorzulegen, dass die Grundstückspreise eine so hohe Bebauung erforderlich machen.

Herr Pfrogner gibt die Anregung, die genannten Vorschläge und Empfehlungen in Form einer Skizze darzustellen.

Herr Klipp betont, dass hier keine "Verwertungsplanung" für die Pro Potsdam betrieben werde. Die Grundlage unserer Planung ist es nicht, für die Pro Potsdam eine maximal mögliche Bruttogeschossfläche auszuarbeiten. Er versichert, dass der Gestaltungsrat bereits sehr intensiv einbezogen worden ist und eine entsprechende Matrix zur Beurteilung vorbereitet wurde.

Herr Kirsch schlägt mit dem Wissen über die erfolgte Einbindung des Gestaltungsrates vor, einen Termin mit dem Gestaltungsrat und den Stadtverordneten durchzuführen, um die Thematik durchzusprechen.

Herr Klipp regt an, dem Oberbürgermeister auf den Weg zu geben, dass vor Entscheidung über die Grundstücksvergaben mindestens ein Entwurf dem SB-Ausschuss vorzulegen ist und die Vorstellung im Gestaltungsrat erfolgen soll.

Herr Pfrogner betont, dass es nicht um Einzelhäuser gehe, sondern um die grundsätzliche Frage der städtebaulichen Qualität, die große städtebauliche Konfiguration und Gliederung des Verkehrsraumes. Auch er empfiehlt, den Gestaltungsrat zur städtebaulichen Frage noch einmal mit heranzuziehen.

Hinsichtlich der Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes äußert Herr Klipp, dass die Verwaltung nicht aufgrund einzelner Meinungsäußerungen/Aufträge von Ausschussmitgliedern entsprechende Planungen aufbereiten wird. Er verweist auf die Kontinuität der Planung von der Werkstatt bis heute.

Frau Hüneke bittet zur Kenntnis zu erhalten, was im Gestaltungsrat beraten worden ist, mit welchem Ergebnis und um die Information über die Berechnung der erforderlichen Baumasse.

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage um mindestens eine Sitzung zu vertagen, um nach der Diskussion heute ggf. einen Änderungsantrag in Abstimmung mit anderen Ausschussmitgliedern vorbereiten zu können. Er hält es für erforderlich, die wesentlichen Fragen der äußeren Baugrenzen, der Korrespondenz zu den Baufluchten des Bades und der baulichen Dichte des Planes vor dem Auslegungsbeschluss zu klären.

Dafür spricht Frau Hüneke – mit der Bitte um Info. über die Beratung im Gestaltungsrat sowie Information zur Kalkulation.

Dagegen spricht Herr Kirsch – seiner Meinung nach sollte das Verfahren auf den Weg gebracht werden. Nach Vorlage der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sollte die Vorlage im Gestaltungsrat beraten werden.

Abstimmung des GO-Antrages auf Vertagung: 6/4/0 – damit Zustimmung

Die erneute Behandlung wird in der Sitzung am 25.02.2014 erfolgen.

zu 3.9 Änderung des Beschlusses zum Bebauungsplan Nr.129 "Nördlich In der Feldmark" (OT Golm)

(DS 13/SVV/0110, Pkt. 5)

Vorlage: 13/SVV/0751

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, OBR Golm

Frau Peukert (Bereich Grünflächen) bringt die Vorlage ein.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Beschlusspunkt 5 des Beschlusses zu DS 13/SVV/0110 vom 05.06.2013 wird neu gefasst:

„Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen im Bebauungsplan soll über ein Freiraum- und Gestaltungskonzept erfolgen, das parallel zum weiteren Bebauungsplanverfahren zu erarbeiten ist. In das Konzept, einschließlich der Aufgabenstellung, sind sowohl die Anwohnerinitiative als auch die Eigentümer des Plangebietes auf geeignete Weise einzubeziehen. Das erarbeitete Konzept ist vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens im Ortsbeirat Golm und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzustellen. Dieses Konzept soll im Sinne eines Modellprojektes erstmalig auch einen „Masterplan Bewegen und Spielen“ beinhalten.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16 "Zeppelinstraße/Kastanienallee", Abwägung und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung, Teilbereich Allgemeines Wohngebiet (WA 1 und WA 2) sowie Zustimmung zum Änderungsvertrag des Durchführungsvertrags

Vorlage: 13/SVV/0761

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Verschiedene Ausschussmitglieder bewerten die Entwicklung positiv.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 "Zeppelinstraße/Kastanienallee", Teilbereich Allgemeines Wohngebiet (WA 1 und WA 2) gemäß Anlage 1 entschieden.
2. Der Entwurf der 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 "Zeppelinstraße/Kastanienallee", Teilbereich Allgemeines Wohngebiet (WA 1 und WA 2) sowie der dazugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlagen 2, 3 und 4).
3. Der Änderung des Durchführungsvertrags zur 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird gemäß § 12 Abs. 1 BauGB zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	2

zu 3.11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 35 "Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 13/SVV/0760

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL

Herr Pfrogner erklärt zu diesem TOP seine Befangenheit und beteiligt sich nicht an der Diskussion.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert, dass nach Auswertung des Protokolls der Sitzung des Gestaltungsrates bzgl. des Baukonzeptes die Verwaltung einen ergänzenden Text zur Anlage 1 der Vorlage mit den Empfehlungen des Gestaltungsrates formuliert hat. Dieser ist den Ausschussmitgliedern im Vorgriff der Sitzung zugeleitet worden. Der KOUL-Ausschuss hat der Vorlage mit folgender Änderung zugestimmt:

+ Änderung in Anlage 1 - letzter Satz unter Planungsziele:

Die Potentiale zur Errichtung von Wohnungsbau sollen am Standort geprüft **und angepasst ausgestaltet** ~~und ausgeschöpft~~ werden.

Herr Schulz, Architekt des Vorhabenträgers, informiert zum Vorhaben und geht auf einzelne Rückfragen, u.a. zum Schallschutz, ein.

Frau Hüneke hält das Ergebnis des intensiven Abstimmungsprozesses für gut, stellt jedoch bedauernd fest, dass die Änderung der Materialwahl auf Empfehlung des Gestaltungsrates erfolgt ist.

Herr Jäkel bittet die Intention des KOUL-Ausschusses im Hinblick auf die Gestaltung und verträglicher Dichte zu berücksichtigen. Er empfiehlt ein behutsames Vorgehen.

Herr Kirsch bittet den Aspekt der Schaffung von Wohnraum zu berücksichtigen. Auch unter Beachtung der Wirtschaftlichkeitsfrage sollte keine weitere Verringerung erfolgen.

Frau Hüneke empfiehlt hinsichtlich der Materialwahl die Rückkehr zur Intention des ersten Entwurfes.

Die Ausschussmitglieder signalisieren durch Kopfnicken Zustimmung.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 35 "Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59" ist gemäß § 2 BauGB BauGB entsprechend der Darstellung in den Anlagen 1 und 2 aufzustellen.
2. Das in Anlage 3 dargestellte Bebauungskonzept soll die Ausgangsbasis für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplanverfahrens werden (Anlage 3).
3. Die Festlegung der Priorität entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 35 "Wohnpark Geschwister-Scholl-Straße 55, 56, 58 und 59" erst im weiteren Aufstellungsverfahren bestimmt werden.
4. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (Anlage 4). Die Einleitung des Verfahrens zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Vorhabenträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **2**

zu 3.12 Kreisverkehr Forststraße/Werdersche Damm/Am Wildpark

Vorlage: 13/SVV/0778

Fraktion CDU/ANW

KOUL

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

zu 3.13 Bebauungsplan Nr. 1 "Freizeit- und Sporthotel Potsdam-Land" (OT Uetz-Paaren)

Vorlage: 13/SVV/0789

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Uetz-Paaren

Vertagt – sh. Verständigung zur Tagesordnung.

zu 3.14 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020

Vorlage: 13/SVV/0800

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

JHA, WA KIS, FA, B./Sp. (ff) und betroffene OBR

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

zu 3.15 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)

Vorlage: 13/SVV/0750

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Ges./Soz., HA

Mitteilungsvorlage

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

zu 3.16 Einwohnerversammlung 110-kV-Freileitung Golm

Vorlage: 13/SVV/0670

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
Mitteilungsvorlage

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom
28.11.2013 bis 18.12.2013**

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

zu 5 Sonstiges

TOP wurde nach Beendigung der Sitzung um 22.05 Uhr nicht mehr aufgerufen.

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift